Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1558. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 68. Donnerstag, 20. März 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, nur den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wochentägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ein französisch-tschechischer Geheimvertrag.

Die Auffassung maßgebender Berliner Stellen.

Die **Veröffentlichung eines tschechisch-französischen Geheimvertrages** durch das „Berliner Tageblatt" hat in den Berliner diplomatischen Kreisen **ungeheures Aufsehen** hervorgerufen. Der tschechoslowakische Gesandte Dr. **Tusche** begab sich am Mittwoch ins Auswärtige Amt und stattete dem Staatssekretär Dr. v. **Maltzan** einen Besuch ab, um gegen diese Veröffentlichung vorstellig zu werden. Eine maßgebende diplomatische Persönlichkeit legte dem außenpolitischen Mitarbeiter des „Berliner Presse-Dienstes" seine Auffassung über die Veröffentlichung der Geheimnoten wie folgt dar: In der Diplomatie war man sich sofort nach Abschluß des tschechisch-französischen Vertrages darüber klar, daß **dieses Abkommen geheime Klauseln enthalten müsse.** Sowohl die französische als auch die tschechoslowakische Regierung haben öffentlich erklärt, daß zwischen den beiden Staaten keinerlei geheime Abmachungen getroffen worden seien. Wenn jetzt abermals von den Regierungen Frankreichs und der Tschechoslowakei behauptet wird, daß es keinen Geheimvertrag zwischen Paris und Prag gebe, und wenn erklärt wird, daß es sich bei den Veröffentlichungen des „Berliner Tageblattes" um Fälschungen handele, so wird in der ernsthaften politischen Welt kein Mensch diesem Dementi Glauben schenken. An sich hat die Veröffentlichung die eingeweihten Kreise durchaus nicht überrascht, **verblüffend ist nur der Text der Geheimprotokolle.** Insbesondere der am 25. 1. in Paris unterzeichneten Deklaration. Die wichtigste Stelle dieses Dokumentes ist der Artikel 4, der **im Falle eines Konfliktes zwischen Polen und Rußland ein neutrales Verhältnis der Tschechoslowakei vorsieht.** Hier ist der Beweis für die Zweideutigkeit der französischen Politik gegenüber Polens gegeben. **Nur wenn Deutschland Polen angreifen sollte, soll Polen von seinen tschechoslowakischen und französischen Freunden unterstützt werden.** Dagegen besteht das Uebereinkommen, gegen Rußland nur dann vorzugehen, wenn ein Ueberfall auf Rumänien erfolgen sollte. Wenn erklärt wird, daß zu **Rußland freundschaftliche Beziehungen** anzubahnen seien, so ist das ein **außerordentlich wichtiges Moment,** das durch diese Dokumente in die europäische Politik hineingeworfen wird.

Die deutschen diplomatischen Kreise sind schon seit langer Zeit davon unterrichtet, daß die Tschechoslowakei mit Frankreich bindende Abmachungen getroffen hat, um im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes ein Eingreifen der Tschechoslowakei zu Gunsten Frankreichs festzulegen. Bereits nach dem Waffenstillstand hat Frankreich mit der Tschechoslowakei im Jahre 1918 derartige Abmachungen getroffen und weiterhin durch weitere Verträge ergänzt. Für die Tschechoslowakei bedeutet diese Bindung an Frankreich ein sehr ernster Gefahrpunkt. Es ist deutscherseits schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß **niemand in Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei Angriffsabsichten hegt.** Auf der anderen Seite wäre die Tschechoslowakei nach vernunftsmäßigen Erwägungen tatsächlich darauf angewiesen, gute Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Die Tschechoslowakei hat zu einem sehr großen Teil eine reindeutsche Bevölkerung und sie hätte daher allen Anlaß, eine deutschfeindliche Politik zu unterlassen.

*

Die veröffentlichten Dokumente Fälschungen?

)(Berlin. Die Tschechoslowakische Gesandtschaft teilt zu der Veröffentlichung des Geheimvertrages zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei mit, daß ein **solcher Geheimvertrag zwischen den beiden Staaten nicht bestehe.** Die veröffentlichten Dokumente seien Fälschungen. Außenminister Dr. Benesch werde in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in Prag eine diesbezügliche Erklärung abgeben.

Erklärung des Außenministers Dr. Benesch.

)(Prag. (Meldung des Tschechoslowakischen Pressebüros.) Im **Außenausschuß des Abgeordnetenhauses** stellte nach Erledigung der Tagesordnung Abg. Dr. Kafka (Dtsch.-demokratische Freiheitspartei) an den Minister des Aeußern folgende Anfrage: Zufolge einer soeben erhaltenen telephonischen Nachricht veröffentlicht das Berliner Tageblatt in seiner heutigen Frühnummer eine Reihe von **Geheimabkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Frankreich,** zunächst den Geheimvertrag vom 28. Oktober 1918, in welchem Frankreich sich verpflichtet, den tschechoslowakischen Staat in den vorher vereinbarten Grenzen anzuerkennen, sodann den Geheimvertrag vom 24. April 1921, auf Grund dessen der Anschluß Oesterreichs oder einzelner österreichischer Gebiete an Deutschland verhindert werden müsse und in dem die Tschechoslowakische Republik mit der Vorbereitung militärischer Maßnahmen betraut wird, sowie einen Defensiv-Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakischen Republik unter Zustimmung des Königreichs S. H. S. Da nach den wiederholten Aeußerungen des Außenministers Geheimverträge zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich nicht bestehen, glaube ich, daß es notwendig ist, daß der Minister sich äußert, wie weit die vom Berliner Tageblatt veröffentlichten Vereinbarungen auf Wahrheit beruhen.

Minister des Aeußern Dr. Benesch dankte vorerst dem Abg. Kafka für seine Ausführungen über die im Berliner Tageblatt enthaltenen Mitteilungen. Er hege tatsächlich große Zweifel, ob er sich mit diesen Angelegenheiten befassen solle, da er sich ungern mit unseriösen Dingen beschäftige, wie sie im Berliner Tageblatt enthalten gewesen seien. Er habe schon einige Male öffentlich erklärt, daß er **keine Geheimverträge abschließe oder unterzeichne, er werde dies auch in Zukunft nicht tun.** Dadurch sei bereits ein Dementi dieser Nachricht gegeben. Es sei nicht möglich, alle Falsifikate, die in der ganzen Welt fabriziert würden, immer zu dementieren. Was die Sache selbst anbelange, so seien hierzu zwei Faktoren notwendig, einer der fälscht und ein Zweiter, der an diese Falsifikate glaubt. Er sei weit davon entfernt, den Mitgliedern des Außenausschusses zuzumuten, daß sie derart dummen Fälschungen Glauben schenkten. **Die Fälscher seien entweder ungebildet oder Verbrecher.** Aus dem Dokument gehe eine horrende Unkenntnis hervor. In dem sogenannten Geheimprotokoll würden Unrichtigkeiten angeführt, die davon zeugten, daß die Herren Falsifikatoren überhaupt nicht wissen, wie Vollmachten gegeben werden und gegeben werden können.

Daran möchte ich, erklärte Minister Benesch weiter, noch eine politische Bemerkung anknüpfen: **Zwischen uns und Deutschland bestand während der vollen fünf Jahre kein Mißverständnis.** Was für einen Zweck besitzt ein derartiges Falsifikat? Was ist sein Ziel, und was hat das Wolff-Büro an das Ausland und an alle ausländischen Korrespondenten geschickt? Was hat das für einen Zweck? Wer macht das? Wer will Zwistigkeiten und Unstimmigkeiten säen? Wußte derjenige, fragte der Minister weiter, der es publiziert hat, nicht, daß es sich um Falsifikate handelt oder wußte er es? Ich wollte nur darauf hinweisen, **auf wie unverantwortlich leichtsinnige und verdammenswerte Weise hier Politik gemacht wird.** Dies wird vielleicht als meine Antwort genügen.

Die Wiener Reise.

)(Wien. Gestern nachmittag sind **Reichskanzler Dr. Marx** und Reichsminister des Aeußern **Dr. Stresemann** in Begleitung des Staatssekretärs **Bracht** hier eingetroffen. In Passau wurden die Herren bereits durch die Vertreter des österreichischen Bundeskanzleramtes, Legationsrat Hauenschild und Konsul Bischof empfangen. Der deutsche Gesandte war den beiden Ministern bis Amstetten entgegengefahren. Auf dem Bahnhofe in Wien hatten sich zur Begrüßung eingefunden Bundeskanzler Dr. Seipel und Vizekanzler Dr. Franck sowie Bundesminister für Aeußeres Dr. Grünberger, ferner der österreichische Gesandte in Berlin Riedl, Sektionschef Löwenthal in Vertretung des Bundespräsidenten und eine Reihe höherer Regierungsbeamten sowie die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Wien mit Gesandtschaftsrat von Scharfenberg und dem Generalkonsul von Vivenot. Nach gegenseitiger Vorstellung begaben sich die deutschen Gäste mit den österreichischen Ministern einer Einladung des deutschen Gesandten in Wien Dr. Pfeiffer folgend in die deutsche Gesandtschaft, wo ein Tee gegeben wurde.

)(Wien. Reichskanzler **Marx** und Außenminister **Stresemann** werden **von der Presse überaus herzlichst begrüßt,** wobei besonders hervorgehoben wird, daß der Besuch der leitenden deutschen Staatsmänner, der infolge innerer und äußerer Schwierigkeiten Deutschlands mehrfach verschoben werden mußte, ein erfreuliches Zeichen der in Deutschland eingetretenen sichtbaren Entspannung sei. Unter Betonung der trotz der politischen Trennung unzerstörbaren geistigen und kulturellen Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme geben die Blätter der Hoffnung Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen, welche jetzt, wenn auch noch im Rahmen allgemeiner Vorbesprechungen, geführt werden, die Beziehungen beider auch wirtschaftlich aufs Engste auf einander angewiesenen Staaten noch mehr vertiefen werden.

Zur Wahlbewegung.

Die Deutschnationale Volkspartei Landesverband Hamburg hat als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl Direktor Gok von der Werft Blohm & Voß aufgestellt. Bisher wurde allgemein angenommen, daß Helfferich wie bei der vorigen Wahl an erster Stelle erscheinen würde. Die zweite Stelle auf der Liste nimmt Maurermeister Brekelbaum, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, ein.

Von der **Deutschnationalen Volkspartei** sind für den **Reichstagswahlkreis Berlin** folgende Kandidaten aufgestellt worden: 1) Laverenz, 2) Bürgermeister Berndt-Emden, 3) Arbeitervertreter Wischnöfsky, 4) Tischlerobermeister Paetz, 5) Lehrer Schulze, 6) Brunk.

Die Deutschnationale Volkspartei Westfalen-Süd hat in **Hamm** folgende Liste aufgestellt: 1) D. Mumm, 2) Buchhändler Otto Arppel, 3) Landwirt Riebus, 4) Frau Hoffmann, 5) Sauer, Verbandsbeamter des Christlichen Bergarbeiterverbandes. — Für den 11. Wahlkreis **(Magdeburg)** sind von der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellt: 1) Schiele, 2) Riesberg, 3) Domprediger Martin, 4) v. Alvensleben. — Für **Schleswig-Holstein** sind von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Kandidaten aufgestellt worden: 1) Dr. Oberlohren, 2) Hofbesitzer Geheimrat Thomsen, 3) Landgerichtsdirektor Dr. Lohmann, 4) Hofbesitzer Peters, 5) Arbeitersekretär Gröpper.

Die Deutschvölkischen in Schleswig haben als Spitzenkandidaten den Grafen Reventlow aufgestellt, an zweiter Stelle steht Frau Voß-Tietz, an dritter Stelle der Mittelschullehrer Klagges-Wilne.

Der demokratische Parteitag für Magdeburg-Anhalt hat die bisherigen Abgeordneten Staatsminister a. D. Schiffer und Dr. Böhme (Bauernbund) wieder aufgestellt.

Noch ein Linksparteichen. Unter der Bezeichnung „Sozialistischer Bund" hat der aus der USPD. ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Ledebour eine neue Partei gegründet.

Der sozialdemokratische Bezirksparteitag für Magdeburg-Anhalt hat folgende Kandidaten aufgestellt: Minister a. D. Bauer, 2) Silberschmidt, 3) Dittmann, 4) Bender.

Wohl im besetzten Gebiet.

Nach einer Mitteilung aus Coblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission die Verordnung über die Neuwahl des Reichstags vom 14. März 1924, nach der die **Hauptwahl des Reichstags am 4. Mai 1924** stattfindet, im besetzten Gebiet **zugelassen.** — Ueber die weiteren Voraussetzungen, die von deutscher Seite an die ungehinderte Vornahme der Wahlen im besetzten Gebiet inbezug auf die Freiheit der Presse und des Vereins- und Versammlungswesens geknüpft werden müssen, finden noch diplomatische Verhandlungen statt.

Die Sachverständigenpläne zur Anleihe.

)(Paris. Als **Ergebnis der Sachverständigenarbeiten** stellt der „Newyork Herald" in Aussicht, daß während der nächsten drei Jahre am internationalen Kapitalmarkt **drei Anleihemöglichkeiten** gegeben seien:

1. Kapital und Reserve der Internationalen Notenbank.

2. Eine große internationale Anleihe oder eine Reihe von Anleihen auf der Garantiegrundlage der vereinigten deutschen Eisenbahnen, die nach den Sachverständigen die Möglichkeit böten, in einigen Jahren 10 Milliarden Goldmark aufzubringen.

3. Obligationen auf der Grundlage der industriellen und landwirtschaftlichen deutschen Hypotheken.

In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß alle diese drei Möglichkeiten das Interesse des Großkapitals verdienten, nicht nur, da die europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse sich durch sie im allgemeinen verbessern würden, sondern da jedes Angebot auch für sich die Gewißheit des Ertrages enthalte, auf Grund jederzeitiger internationaler Kontrolle, die, wie die Sachverständigen annehmen, den strengsten Anforderungen des deutschen und des ausländischen Kapitals genügen würde.

Von besonderem Interesse sei die dritte Anleihemöglichkeit, da sie ein im Mai vorigen Jahres von der Regierung Cuno gemachtes Angebot verwende. Die Sachverständigen beabsichtigten allerdings, den damaligen Plan etwas zu ändern. Es solle in Deutschland eine Holding Company gebildet werden, die die Hypotheken übernehmen werde. Der Betrag der Hypotheken solle nach dem Gewinn der betreffenden Unternehmungen aus der Markentwertung bemessen werden. Daraufhin würden Obligationen wahrscheinlich zu 5 Prozent im Gesamtbetrag von wenigstens 10 Milliarden Goldmark ausgegeben werden. Die Hälfte davon solle auf Reparationskonto den Alliierten zufallen und den Rang einer ersten Hypothek erhalten. Der Rest werde als zweite Hypothek der deutschen Regierung für ihren erforderlichen Budgetbedarf überlassen werden. Bei der Verwaltung dieses Teiles der deutschen Einnahmen solle dieselbe Kontrolle wie bei der Budgetverwaltung der Eisenbahnanleihe und der Notenbank geübt werden, d. h. es solle nicht in die jeweiligen Operationen eingegriffen, sondern zum Schutz der ausländischen Kapitalinteressen dieses oder jenes Konto gestärkt werden. Die eingangs erwähnten drei Emissionen sollten über einen ausreichenden Zeitraum so verteilt werden, daß sie sich nicht gegenseitig Konkurrenz machten und einen ständigen Zustrom ausländischen Kapitals nach Deutschland unter den besten Bedingungen sicherten.

*

Die Verhandlungen Schachts.

* Paris. Die Besprechungen Dr. Schachts mit dem Währungsausschuß betreffen bisher ausschließlich die **Begründung der endgültigen Goldnotenbank.** Herr Schacht wurde gestern von 11.30 bis 1,10 Uhr von dem Währungsausschuß angehört. Er wird sich heute wieder vor ihm einfinden. Die Besprechungen sind noch nicht abgeschlossen und dürften sich vermutlich die ganze Woche hinziehen. Inwieweit die Meldungen amerikanischer Blätter, wonach der Cunosche Plan vom Mai letzten Jahres von den Sachverständigen zum Ausgangspunkt neuer Besprechungen benutzt wurde, auf Wahrheit beruhen, wird in der Umgebung Dr. Schachts vorläufig nicht mitgeteilt. Im übrigen hat der Währungsausschuß gestern vormittag von 11—11,30 Uhr die Eisenbahnsachverständigen Lefevre und Acwooth vernommen. Bekanntlich wurden die beiden Herren gebeten, ihre umfangreichen technischen Berichte zusammenzufassen. Der Redaktionsausschuß hat gestern vormittag die Ausarbeitung des Entwurfes zu dem Bericht, den das Komitee Dawes der Reparationskommission zustellen wird, weiter fortgesetzt. Am Vor- und Nachmittag hat das zweite Sachverständigenkomitee unter dem Vorsitz Mac Kennas über **die Einschätzung und Aufspürung der deutschen Auslandsguthaben** weiter verhandelt.

Maßvoller Optimismus in Washington.

* London. Der Berichterstatter der Times in Washington bestätigt, daß die amerikanische Regierung Kenntnis gehabt haben müsse von bestimmten politischen Zugeständnissen in der Reparationsfrage, bevor sie sich dazu entschlossen hat, zum ersten Mal seit zwei Jahren nicht gegen ein Kreditansuchen einer ausländischen Macht zu intervenieren. In sämtlichen Kreisen in Washington verfolgt man die neue Entwicklung der Reparationsfrage mit einem maßvollen Optimismus. Die Westminster Gazette bestätigt, daß Poincaré die Zusage gegeben haben soll, die Vorschläge der Sachverständigenausschüsse annehmen zu wollen. Auf Grund dieser Vorschläge dürfte der Versuch gemacht werden, eine Anleihe von einer Milliarde Goldmark für Deutschland anzulegen, von der Frankreich und Belgien einen erheblichen Teil erhalten würde.

SLUB
Wir führen Wissen.